



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Information

Potsdam, 25.01.2023

**Bericht des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam in
der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 2023**

++++ Es gilt das gesprochene Wort +++++

Sehr geehrte Damen und Herren,

IT-Lage

Auf Anraten der Sicherheitsbehörden und in Absprache mit unseren Sicherheitsexperten, habe ich mich daher umgehend am 29. Dezember dafür entschieden, unsere Systeme vorsorglich vom Netz zu nehmen.

Und nachdem wir die Systeme seit Mitte Januar schrittweise wieder einschalten konnten, sind wir seit gestern Abend – zumindest jetzt aktuell zu dieser Stunde und vorläufig – wieder offline.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen die Hintergründe darzulegen und Ihnen mögliche Konsequenzen aufzuzeigen, wenn diese Entscheidung nicht in dieser Form getroffen worden wäre.

Ein solcher Einbruchversuch erfolgt in der Regel entweder mit dem Ziel, sensible Daten auszuspionieren und meistbietend weiterzuverkaufen oder mit dem Ziel, die Kontrolle über ein System zu erlangen und die Daten zu verschlüsseln und den Eigentümer zu zwingen, Lösegeld für die eigenen Daten zu zahlen.

Hier sind Kriminelle am Werk, die am Ende auch billigend in Kauf nehmen, dass Patienten in Krankenhäusern, Arzneimittelhersteller, die Wärme- und Energieversorgung oder Sozialhilfeempfänger durch ihr Handeln Schaden nehmen.

Das passierte zum Beispiel im Rhein-Pfalz-Kreis, in Schriesheim, Schwerin, Witten und vielen anderen Städten und Kommunen.

Bekanntestes Beispiel ist der Angriff 2021 im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Dort übernahmen die Angreifer die komplette IT-Struktur der Verwaltung, verschlüsselten große Datenmengen und legten den Landkreis damit faktisch lahm.

Nichts ging mehr: weder ein Auto anzumelden noch sich nach einem Umzug ummelden oder einen Pass beantragen.

Und nicht nur das – die gesamte Verwaltung war über Monate lahmgelegt, weil alle Rechner neu aufgebaut werden mussten und alle Fachverfahren neu aufgespielt wurde.

Einfach gesagt:

von einem Tag auf den anderen gab es keine technische Unterstützung mehr und die Verwaltung musste wieder mit Papierakten und Aktenwagen organisiert werden.

Da der Landkreis die Lösegeldforderungen nicht zahlte, musste er den Katastrophenfall ausrufen und die komplette IT-Infrastruktur von Grund auf neu aufbauen. Die Folgen sind im Landkreis auch heute noch deutlich spürbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich eines klarstellen: unser Haus ist keineswegs ungeschützt.

Vielmehr verfügen wir über moderne und effektive Sicherheitsvorkehrungen, analog zu einer stabilen Eingangstür in einem realen Haus.

Diese Tür ist fest verschlossen und lässt im Idealfall nur Berechtigte passieren. Auch bei dem Cyberangriff vor drei Jahren, war diese Tür verschlossen, damals gab es jedoch ein offenes Fenster, welches ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellte.

Ein solch offenes Fenster gab es dieses Mal nicht, ebenso wenig handelte sich in der Warnung des LKA nicht um vorbeiziehende Diebe auf der Suche nach einer günstigen Gelegenheit, wie dies vor drei Jahren der Fall war.

Vielmehr hatten die Sicherheitsbehörden belastbare Anzeichen dafür, dass ein gezielter Angriff durch hochprofessionelle kriminelle Angreifer auf unser Haus unmittelbar bevorstand.

Sehr geehrte Damen und Herren,
dies ist ein signifikanter Unterschied.

Ein Dieb auf der Suche nach einer günstigen Gelegenheit, versucht nicht in ein gut gesichertes und überwachttes Haus einzubrechen. Ein Einbrecher hingegen, der ein bestimmtes Ziel vor Augen hat, lässt sich auch von starken Sicherheitsmaßnahmen nicht abschrecken, wenn er glaubt, dass die Beute sich lohnt oder die Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Ziel ist.

Denn er weiß, dass es keine Sicherheitsmaßnahmen gibt, mit denen sich ein Einbruch zu einhundert Prozent verhindern lässt.

Dies ist schon allein dadurch bedingt, dass dieses Haus bewohnt wird; dass hier gearbeitet wird, dass seine Bewohner Fenster und Türen benötigen.

Keine Tür bietet einhundertprozentigen Schutz, jedes noch so sichere System ist anfällig für Fehler in der Bedienung.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die Server vom Netz zu trennen, damit ein Angriff möglichst wenig Erfolg haben kann.

Um sicherzustellen, dass sich nicht bereits ein Angreifer in unserem Haus aufhält, haben wir direkt nach dem Shutdown mit der Hilfe externer Dienstleister umfangreiche und tiefgehende Scans durchgeführt. Bei diesen Scans wurden keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt.

Daher hatten wir die Entscheidung getroffen, in der vergangenen Woche wieder E-Mails zu ermöglichen und zu Beginn dieser Woche mehrere Fachverfahren wieder ans Netz zu bringen.

Im Rahmen der Wiederinbetriebnahme unserer Online-Dienstleistungen haben wir eine Reihe von zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen implementiert und bestehende Systeme verbessert. Also wir haben im Haus, doppelte Schlösser, Gitter an den Fenstern und Videoüberwachung mit Direktaufschaltung zu einer Sicherheitsfirma installiert.

Dabei wurde im Laufe des gestrigen Tages allerdings eine ernste Bedrohung für unsere Netzwerkstruktur festgestellt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass durch die schnelle Abschaltung ein Datenabfluss verhindert worden ist. Es gibt auch keine Hinweise auf die Verschlüsselung von Daten.

Zur Reduzierung des Gefahrenpotenzials habe ich gestern in Absprache mit unseren IT-Experten entschieden, dass wir unsere Verbindung zum Landesverwaltungsnetz trennen und den externen Emailverkehr erneut einstellen.

Dies bleibt solange der Fall, bis wir ausschließen können, dass für die Daten der Bürgerinnen und Bürger, die Server der Landeshauptstadt Potsdam oder unserer Partner eine Gefahr besteht.

Wir reden immer abstrakt von Servern, aber auf diesen Servern liegen sensible persönliche Daten der Potsdamerinnen und Potsdamer, Bauanträge, Anträge auf Wohngeld, die Daten der Ausländerbehörde oder die Daten von Fahrzeughaltern.

Diese sind gegen jede Art von unbefugten Nutzungen schützen - und zwar mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Und man muss auf die Lage reagieren. Um in Bild zu bleiben.

Nachdem wir aktuell nicht ausschließen können, dass professionelle Kriminelle versuchen unsere Daten zu stehlen, haben wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik um eine direkte Unterstützung ersucht. Seit heute unterstützt uns das BSI nicht mehr nur beratend, sondern direkt bei technischen Fragen.

Ich kann den Unmut der Potsdamerinnen und Potsdamer verstehen, die derzeit ihr Auto nicht anmelden können und keinen neuen Ausweis erhalten. Aber ich bitte um Verständnis für die Situation: wir haben den Hinweis auf eine kriminelle Attacke, arbeiten mit dem LKA und dem BSI zusammen und versuchen uns dagegen zu wehren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben aus dem Vorfall des Jahres 2020 gelernt und waren vorbereitet. Es wurde sofort ein Notfallteam IT gebildet und ein Verwaltungsstab einberufen, der bereits am 30.12., also direkt am folgenden Tag zusammentrat, die Lage analysierte und die Notfallpläne aktivierte.

Wir konnten auf eine Liste mit priorisierten Kernprozessen zurückgreifen und waren daher in der Lage, verschiedene kritische Vorgänge, wie etwa den Zahlungsverkehr, beinahe unterbrechungsfrei durch eine Bypass-Lösung zu gewährleisten.

Wir waren zudem in ständigen Kontakt mit externen Experten, sei es über die Allianz für Cybersicherheit, das HPI oder unsere externen Dienstleister.

Gegen Cyberkriminalität kann man sich nicht abschotten. Man kann sich nur bestmöglich vorbereiten. Aber auch die beste Vorbereitung erfordert in ihrer Umsetzung im Falle eines Angriffs erhebliche Anstrengungen.

Ich möchte daher auch die Gelegenheit nutzen, Dieter Jetschmanegg und den Mitarbeitenden des Bereichs E-Government zu danken, die in den letzten und vermutlich leider auch kommenden Wochen mit erheblichen Aufwand, wie etwa einer ständigen Rufbereitschaft und zahllosen Überstunden, tätig waren und sein werden.

Vielen Dank!

Haushalt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bin froh und zuversichtlich, dass wir trotz der gegenwärtigen Situation in der Stadtverordnetenversammlung im März den Haushalt einbringen werden. Die verabschiedete Haushaltssatzung ist ein essentiell wichtiger Garant um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern.

Bis dies soweit ist, liegt noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns.

Eine solche Herausforderung wird der kommende Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wie Sie wissen, ist gestern die erste Runde der Verhandlungen hier in Potsdam ergebnislos zu Ende gegangen. Die Gewerkschaften fordern allein für das Jahr 2023 eine Erhöhung um 10,5%.

Beide Seiten stehen vor der schwierigen Aufgabe, die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Beschäftigten mit den stagnierenden Einnahmen der öffentlichen Hand in Einklang zu bringen.

Setzt sich die Arbeitnehmerseite mit ihren Forderungen durch, würde dies für die Landeshauptstadt Potsdam allein für das Jahr 2023 gestiegene Personalkosten in der Höhe von etwa 10 Mio. Euro bedeuten.

Die geforderte 12-monatige Laufzeit würde erhebliche Planungsunsicherheiten zur Folge haben und weitere Verhandlungen nach sich ziehen.

Wie Sie wissen, verpflichten wir uns zusätzlich Tariflöhne für die Beschäftigten des Klinikums Ernst von Bergmann zu zahlen. Das Klinikum rechnet zurzeit bei den Forderungen der Gewerkschaften mit Mehrkosten in Höhe von rund 13 Mio. Euro. Auch diese Kosten würden zum Großteil den städtischen Haushalt für das Jahr 2023 belasten!

Unterbringung von Geflüchteten

Eine weitere Herausforderung für Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft gleichermaßen wird die Unterbringung und Integration von ukrainischen Frauen, Männern und Kindern.

Gegenwärtig befinden sich etwa 2.500 Ukrainerinnen und Ukrainer in Potsdam. Wir gehen aktuell davon aus, dass dieses Jahr die Zahl noch einmal um etwa 1.700 Personen steigen wird.

Es handelt sich hierbei, lassen Sie es mich so klar ausdrücken, um die größte europäische Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Dies ist eine gewaltige Herausforderung die uns an unsere Grenzen und darüber hinaus bringen wird.

Wir werden uns dieser Verantwortung stellen und Ihr nicht wie heute in einem Antrag gefordert verweigern.

Sich Krisen zu stellen, sie nicht populistisch zu missbrauchen und Sie im Rahmen unserer Verantwortlichkeit zu lösen, ist die Grundlage staatlichen Handelns.

Dazu gehört auch, dass man gesetzliche Aufträge nicht durch Beschluss der SVV verweigern kann. Wir haben eine Aufnahmepflicht und wir werden diese erfüllen.

Eine Nachricht möchte ich Ihnen der Vollständigkeit halber noch geben:

Vogelgrippe

Gestern Abend erreichte mich zusätzlich die Information, dass bei einer verendeten Wildgans der Erreger der Vogelgrippe nachgewiesen wurde. Bislang sind zwei weitere Fälle bei Wildvögeln in Brandenburg bekannt.

Damit sind bisher keine Befunde bei Nutztieren bekannt. Wir behalten hier die Lage im Blick und werden gegebenenfalls weitere Schritte ergreifen.

Wohnen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir wissen alle um die Wohnungssituation in Potsdam und um die aktuellen Rahmenbedingungen, die das Bauen und Sanieren von Wohnungen derart verteuern, dass die nicht geförderten Wohnungsneubauten schon länger von vielen Menschen nicht mehr bezahlt werden können.

Der Leerstand von Wohnraum in Potsdam beträgt etwa ein Prozent, die Mieten steigen, die Kosten für Sanierung und Neubau aufgrund der Zinspolitik und der teuren Rohstoffpreise steigen ebenfalls.

Gemeinsam mit Ihnen, dem Land und der Pro Potsdam haben wir in den vergangenen Monaten zahlreiche Instrumente entwickelt, um zumindest mit unserer kommunalen Wohnungsgesellschaft der Preisentwicklung entgegenzuwirken. Beispiele dafür sind

- die kostenlose, zweckgebundene Grundstücksübertragung an die Pro Potsdam
- das Potsdamer Baulandmodell
- in Kooperation mit dem Land Brandenburg geförderter Wohnungsbau
- der Potsdam-Bonus und
- das Mietenmoratorium bis Herbst dieses Jahres.

Doch wie wollen wir in Zukunft in Potsdam, in unseren Stadtteilen und Kiezen wohnen? Und welche Möglichkeiten haben wir in der Kommune, diese Ziele zu erreichen?

Diesen Fragen gehen wir in diesem Jahr gemeinsam mit den Potsdamerinnen und Potsdamern nach.

In vier öffentlichen Veranstaltungen wollen wir uns über Rahmenbedingungen und Wohnen in der Zukunft unterhalten. Die erste der Veranstaltungen findet am 15. Februar statt und bildet den Auftakt zur Weiterentwicklung unseres Wohnungspolitischen Konzeptes.

Bis Ende des Jahres wollen wir in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit einem begleitenden Fachgremium ein neues wohnungspolitisches Konzept erarbeiten, das wir Ihnen anschließend zum Beschluss vorlegen.

Im Jahr 2003 haben wir mit wohnungspolitischen Leitlinien begonnen, unsere Wohnungspolitik in der Stadt strategischer auszurichten. Im Jahr 2009 folgte das Stadtentwicklungskonzept Wohnen und im Jahr 2015 das Wohnungspolitische Konzept.

Nun wollen wir neue Ziele formulieren und einen konkreten Fahrplan entwickeln, um die Wohnungspolitik der nächsten Jahre zu planen. Dabei geht es um die Frage, wie wollen wir wohnen? Es geht um Stadtteilentwicklung und um die Stärkung vorhandener Potenziale, um die Ressourcen zu bündeln und unsere Stadt gemeinsam weiterentwickeln.

Am 15. Februar startet der Dialog mit einer Veranstaltung, es folgen zwei Dialogforen am 20. April und 5. Juli sowie die Abschlussveranstaltung am 23. November. Zudem finden Fachworkshops statt, für deren Teilnahme Sie sich bei Interesse anmelden können.

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, bitte nutzen Sie die Beteiligungsmöglichkeiten, lassen Sie uns gemeinsam unsere Stadt gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zum Abschluss noch ein anderes Thema.

Abschied

Die heutige Sitzung ist für Martina Trauth und Noosha Aubel die letzte Sitzung. Sie haben beide in den letzten Jahren in der Potsdamer Stadtverwaltung auf wichtigen Positionen gearbeitet.

Ich werde beide in den nächsten Tagen noch persönlich verabschieden, jedoch möchte ich ihnen als Zeichen der Dankbarkeit bereits heute danken.

Vielen Dank!